

georgsmarienhütte im gespräch



Sozialdemokratische
Bürgerinformation



Inhalt:	
In eigener Sache	S. 1
Schiebt die CDU-Regierung ihre soziale Verantwortung ab?	S. 2
Naturschutz schon vor 120 Jahren!	S. 2
Ampelanlage bei Aldi/Dütmann	S. 3
A 33	S. 3
Schwierigkeiten bei der Verkehrsberuhigung	S. 4
Rat verabschiedete Haushaltsplan 1984	S. 5
Interview mit Oskar Hummel: Stranggußanlage muß kommen!	S. 6/7
Nachlese	S. 8
Unterschriftensammlung GMHütte atomwaffenfrei	S. 8

In eigener Sache!

Bernhard Wrocklage

Querstraße 7
4504 Georgsmarienhütte

An die Redaktion der GIG

Leserumfrage

Zum Mitteilungsblatt „georgsmarienhütte im Gespräch“ Nr. 24, Oktober 1983 wurde im Stadtteil Holzhausen eine Leserumfrage durchgeführt.

Diese Umfrage erbrachte folgendes Ergebnis:

1. Frage: Lesen Sie alle oder einen Teil bzw. keinen Artikel der GIG?

Antwort: 50% alle, 30% einen Teil, 20% keinen Artikel

2. Frage: Gefällt Ihnen die GIG? ja! nein!

Antwort: 80% ja, 20% nein

3. Frage: Wie hoch schätzen Sie die Selbstkosten der GIG bei einer Auflage von 9000 Stück?

Antwort: Die Preisschätzungen liegen zwischen DM 450,00 und DM 3000,00. Der beste geschätzte Preis ist DM 0,24 Stück.

An dieser Stelle sei den Teilnehmern an der Leserumfrage noch einmal gedankt.

Mit freundlichem Gruß

Bernhard Wrocklage

Bei der Umfrage schneidet die GIG hervorragend ab. Sicher ist die Stichprobe der befragten Leser zu klein, um ein „repräsentatives“, für die ganze Stadt gültiges Ergebnis erhalten zu haben. Trotzdem haben wir uns gefreut.

Wir nehmen die Umfrage zum Anlaß, allen Lesern die Fragen zu stellen. Schreiben Sie uns, was Ihnen an der GIG gefällt, was Ihrer Meinung nach besser oder anders werden sollte. Wir werden uns mit allen Zuschriften auseinandersetzen und vielleicht auch – das wäre neu in der GIG – den einen oder anderen Leserbrief veröffentlichen.

Schreiben Sie an:
Presseobmann der SPD
G. Brouwer
Böttcherstraße 24

oder an die
SPD Georgsmarienhütte
Karlstraße 4

G. B.

Schwierigkeiten bei der Verkehrsberuhigung

Seit etwa 5 Jahren werden von uns Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Georgsmarienhütte gefordert. Von den Verkehrspolitikern aller Parteien wurden diese Forderungen unterstützt; doch die Ergebnisse fristen bisher noch ein Schattendasein. Woran liegt das?

- Der Straßenbau war bislang von engen gesetzlichen, technischen, fachlichen und finanziellen Vorschriften beeinflusst. Die Genehmigungs- und Bewilligungsbehörden überwachen peinlichst die Einhaltung der Bestimmungen.
- Begünstigt wurde die kritiklose Anpassung der Verkehrsplaner an die vorgegebenen Reglementierungen durch die Art ihrer Ausbildung, die auf die Bewältigung des Autobooms ausgerichtet war.
- Das Bewußtsein der Politiker wurde entscheidend durch die Gleichsetzung zunehmender Motorisierung und Straßenbau mit technischem Fortschritt und Wirtschaftswachstum geprägt. Die autogene Stadt war das erstrebenswerte Ziel.

Es gibt heute Anzeichen für ein Umdenken und eine Neuorientierung in der Verkehrsplanung, die der Rat der Stadt GM-Hütte, zumindestens nach außen hin, durch seine Beschlüsse im September 1981 einleitete.

Eine überwiegend autoorientierte Verkehrsplanung findet nicht mehr die ungeteilte Billigung der Bürger. Der Bürgerprotest hat Unterstützung von Landschaftsplanern, Umwelt- und Naturschützern, Denkmalspflegern und von der Landwirtschaft erhalten. Sicherlich haben diese Bewußtseinsänderungen in der Realität noch nicht viel bewirkt, doch immerhin, Anfänge sind zu verzeichnen. Z. B. im Baugebiet Sutfeld und in der Planung der neuen

Baugebiete Hohe Linde und Oeseder Esch. 1980 wurde die Verkehrsberuhigung ausdrücklich in das Straßenverkehrsgesetz und die Straßenverkehrsordnung aufgenommen. Dennoch kam sie vor Ort nicht so recht vorwärts; so Oesede Nord, Oesede Mitte, Oesede Süd, Breslauer Weg.

Ein wesentlicher Grund für die Schwierigkeiten lag und liegt in der mangelnden Bereitschaft derjenigen, die sich den heutigen Anforderungen nicht stellen wollen. Die ständigen Argumente sind:

- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen erfordern einen totalen Straßenumbau mit entsprechenden Kosten;
- Verkehrsberuhigung bedeutet gleich Verkehrsverlagerung.

Aus dem letzteren Argument ergibt sich vielfach, daß vor Einführung der Verkehrsberuhigung erst Umgehungsstraßen gebaut werden müssen. So wird die Verkehrsberuhigung zum Alibi für den weiteren Bau von Hauptverkehrsstraßen.

Die Verkehrspolitik im Rat haben gefordert, Verkehrsberuhigungsgebiete größer zu schneiden und außer Nebenstraßen auch Sammelstraßen und innerörtliche Hauptverkehrsstraßen einzubeziehen. Geschwindigkeitsverringerungen sind dabei

auch für die innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen (z. B. Alte Heerstraße) erforderlich.

Neben den geschwindigkeitshemmenden gestalterischen Maßnahmen umfaßt eine prinzipielle Verkehrsberuhigung auch Maßnahmen zur Förderung des Fußgänger- und Fahrradverkehrs; außerdem eine Änderung des ruhenden Verkehrs. Dieses umfassende Konzept setzt also eine gänzlich veränderte Verkehrsplanungspolitik voraus.

Um flächenhaften und teuren Tiefbau zu vermeiden, müssen Gestaltungsmaßnahmen entwickelt werden, die unter Beibehaltung der gegenwärtigen Straßenebenenflächen dennoch den Straßeneindruck für die Verkehrsteilnehmer wirksam verändern, z. B. durch Kübel, Beete, Bäume, Markierungen.

Der Rat hat für 1984 Mittel in Höhe von 164 000 DM für die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen Kiewitsheide-Harderberg Süd zur Verfügung gestellt. Außerdem soll das Projekt Oesede Mitte nach der Probephase in die Realisierungsphase treten. Diese Beschlüsse des Rates lassen hoffen, daß es in GMHütte in puncto Verkehrsberuhigung trotz der langen Vorlaufzeit weitergeht.

Dieter Selige



Verkehrsberuhigungsmaßnahmen beschränken sich bisher auf weiße Striche (hier Oeseder Str.)

Rat verabschiedete Haushaltsplan 1984

Der diesjährige „Sparhaushalt“ wird wesentlich von den krisenhaften Rahmenbedingungen der allgemeinen Wirtschaftslage bestimmt.

Er ist mehr als früher ein Haushalt der Hoffnung, was die Höhe der Einnahmen und ein Haushalt des engen Gürtels, was die Höhe der Ausgaben anbetrifft.

Gebührenerhöhungen bei Schmutzwasser und die Einführung von Regenwasserkanalgebühren sind Wermutstropfen für den privaten Haushalt.

Die Erweiterung der Kläranlage und Maßnahmen zur Verbesserung der Reinigungsqualität des Abwassers sind der Grund. Eine Gebührenerhöhung von 1,20 DM auf 1,45 DM pro m³ Frischwasser sowie ab 1. 1. 1984 eine weitere Erhöhung um 25 Pfennig auf 1,70 DM pro m³ Frischwasser sind somit erforderlich, um in unsere Kläranlage die nötigen Investitionen bewirken zu können.

Gegen die Einführung der Regenwassergebühr wehrte sich der Rat jahrelang, doch vergebens. Durch Verfügung der Aufsichtsbehörde wurde die Einführung zur Pflicht gemacht. Die Gebühr wird für die Beseitigung von Nie-

derschlagwasser (Regenwasser) nach der überbauten und befestigten Grundstücksfläche des angeschlossenen Grundstücks berechnet. Die über 300 m² hinausgehende Grundstücksfläche wird jeweils auf volle 100 m² abgerundet. Die Abwassergebühr beträgt für bebaute und befestigte Flächen bis zu 300 m² jährlich 45,00 DM und für jede weitere 100 m² jährlich 17,00 DM.

Die SPD-Fraktion hat diesem Sparhaushalt zugestimmt, weil der enge Spielraum der finanziellen Möglichkeiten unter den vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine wesentlichen Alternativen zuließ und weil ein großer Teil der von uns gestellten Änderungsvorschläge berücksichtigt wurden bzw. übereinstimmende Auffassungen herrschten. Außerdem wurde die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht.

Dennoch sind wir uns bewußt, daß auf Dauer gesehen, die finanziellen Streichungen und die Sparerei in dem bisherigen Umfang nicht fortgesetzt werden können. Das Ziel der Konsolidierung des Haushaltes könnte bei einer überzogenen Sparpolitik

Mehr Demokratie in den Betrieben



Verwaltungsstelle
Osnabrück

sich ins Gegenteil verkehren. So kann das Ergebnis sein, daß nicht mehr Geld in die Stadtkasse fließt, sondern weniger, weil die Bürger nach Mitteln suchen, teure städtischen Einrichtungen nicht zu besuchen.

Gemeinsames Ziel muß es daher sein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Finanzkraft wieder zu stärken. An das Land sei deshalb appelliert, besonders krisenbetroffenen Gemeinden gezielt Mittel zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen und an den Landkreis, die Höhe der Kreisumlage zu senken.

Während die Anzahl der Arbeitsplätze in GMHütte abnimmt, drängen erheblich mehr jüngere Menschen auf den Arbeitsmarkt als in der Vergangenheit.

Der Finanzausschuß hat sich deshalb dafür ausgesprochen, soweit wie möglich, Mittel und Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit auf kommunaler Ebene im ersten Nachtragshaushaltsplan zu beschließen.

Dieter Selige



Alles, was Sie für Ihr Handarbeitshobby benötigen, finden Sie in Ihrem Fachgeschäft

Handarbeitshaus

Volker Haas

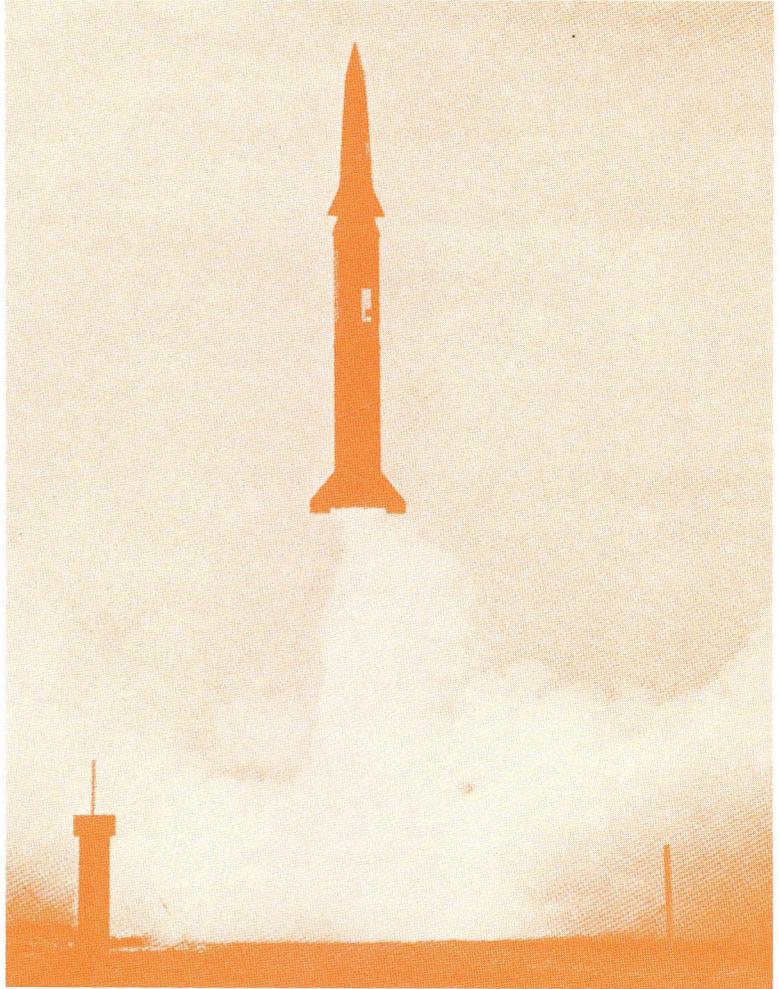
4504 Georgsmarienhütte
Karlastraße 18
Telefon 0 54 01/22 25

Nachlese

Rechtzeitig zur Jahreswende meldet die Bundesregierung für den neuen Riesenknaller „klar zum Gefecht“. Die ersten 9 Pershing II sind bei Heilbronn aufgestellt (auf dem Foto der 7. Testflug auf Cape Canaveral vom 14. April 1983).

Die Pershing II ist schneller, zielgenauer und hat eine größere Reichweite als ihr Vorgänger. Ist die Pershing erst einmal abgefeuert, dann gibt es bei einer Flugzeit von 6 bis 8 Minuten gegen die mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit fliegenden Raketen keinen Schutz. Für die Sowjetunion gibt es in Krisenzeiten dann nur eine Alternative: die Raketen bereits vor dem Start zu zerstören. Die SPD wird sich mit dieser Steigerung der Kriegsgefahr nicht abfinden.

Initiative „Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte“:



Wie schon in der NOZ berichtet, hat die Unterschriftensammlung für die Schaffung einer „Atomwaffenfreien Zone Georgsmarienhütte“ ca. 1400 Unterschriften unter den Bürgerantrag erbracht. Damit ist die erforderliche Zahl von Unterschriften für eine Behandlung des Bürgerantrags im Rat weit überschritten worden. Nachdem es zunächst so aussah, als ob dieser Bürgerantrag schon im Vorfeld unter formalen Vorwänden abgeblockt werden sollte (z. B. mit der Begründung, die Kommune sei für Verteidigungsfragen nicht zuständig), ergab sich im Spätherbst überraschenderweise die Zusage seitens Bürgermeister Siepelmeyer, daß der Antrag in der ersten Ratssitzung in 1984 voraussichtlich am 4. April 1984 auf die Tagesordnung kommen werde.

In diesem Zusammenhang hat der Bürgermeister auch zugesichert, daß der Bürgerantrag nicht nur pro forma auf der Tagesordnung stehen, sondern auch inhaltlich diskutiert werde.

Diese Entwicklung ist für uns in der Initiative – auch wenn wir lieber schon im Dezember über den Antrag diskutiert hätten – recht erfreulich. Es wird über die Sache gesprochen, nicht über Zuständigkeit palavert! Sicherlich hat unsere friedvolle, intensive Arbeit auch dazu beigetragen. Für uns kommt es nun darauf an, daß auch eine Abstimmung über den Bürgerantrag stattfindet, damit die ganze Aktion nicht im Unverbindlichen und Allgemeinen steckenbleibt.

Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit wird es für den Antrag keine Mehrheit geben, aber die verschiedenen Auffassungen werden dann nach einer hoffentlich sachlichen Diskussion und der abschließenden Abstimmung klar voneinander zu unterscheiden sein!

Rainer Korte

Impressum:

Herausgeber:
SPD-Ortsverein
Georgsmarienhütte

Verantwortlich im Sinne des
Pressegesetzes:

Klaus Kraegeloh,
Tel. (054 01) 32193

Redaktion:
Klaus Kraegeloh,
Dieter Selige, Robin Morrison,
Bernd Völkel, Detlef Hengel-
brock, Gerhard Brouwer

Satz und Druck:
Druckerei Günter, GMHütte,
Oeseder Straße 70
Auflage: 9000 Stück